

Ulrich Pfeiffer

Schicksalsgenerationen

Von der Kriegs- und Krisen- zur Packeselgeneration

Die politische Entwicklung Deutschlands war in den letzten 100 Jahren durch ein dramatisches Auf und Ab geprägt. Weltkriege, Inflation, Wirtschaftskrise, Wirtschaftswunder und danach lang anhaltende wirtschaftliche Lähmung wechselten sich ab. Die Menschen wurden emporgetragen zu Wohlstand oder niedergedrückt in Armut und Zerstörung. Verschiedene Generationen waren extrem unterschiedlich betroffen.

Ulrich Pfeiffer

(* 1939) war langjähriger Sprecher des Managerkreises der FES und ist Geschäftsführer des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Beratungsunternehmens *empirica* mit Sitz in Berlin und Bonn.

pfeiffer@empirica-institut.de



Durch die Überlagerung der wirtschaftlichen, politischen und der inzwischen nicht mehr änderbaren demografischen Wellen (Geburtendefizit bei gleichzeitig steigender Lebenserwartung) entstehen jetzt weitere wirtschaftliche und soziale Generationenschicksale, die von der Politik bei ihren Entscheidungen zur Belastung oder Entlastung von Generationen bisher zu wenig berücksichtigt werden.

Die gegenwärtig noch lebenden, vor etwa 1928 Geborenen waren als Kriegs- und Krisengeneration noch Opfer beider Weltkriege, der Weltwirtschaftskrise und der Hungerjahre nach 1945. Die Überlebenden hatten oft Vermögen, Heimat, gesellschaftliche Position oder ihre Arbeit verloren. Viele Frauen aus diesen Jahrgängen konnten nach dem Kriege keine Lebenspartner finden und wurden später oft arme Rentnerinnen.

Die Kriegs- und Krisengeneration hat mit ihrem unbedingten Leistungswillen

unter den günstigen Rahmenbedingungen durch die Reformen Ludwig Erhards das Wirtschaftswunder wesentlich hervorgebracht. Die Erfahrung der Krisen, die sie nicht zu verantworten hatten, und die Brutalität der Zerstörungen haben eine ungeheure Energie freigesetzt und ein wirtschaftliches Schwungrad angetrieben, das bis weit in die 70er Jahre hinein wirkte. Die Kriegs- und Krisengeneration – vor allem die Jüngeren dieser Generation – hat natürlich selbst noch vom Wirtschaftswunder profitiert. Allerdings blieb die Vermögensbildung der Älteren unter ihnen noch gering. Viele – vor allem alleinstehende Frauen dieser Generation – konnten nur geringe Rentenanwartschaften erreichen und starben in Armut. Auch die Quote der Wohneigentümer blieb gering. Die Kriegs- und Krisengeneration schuf vor allem für ihre Kinder eine bessere Welt, ohne selbst die Früchte ihrer Arbeit und hohen Leistung noch voll genießen zu können.

Wirtschaftswundergeneration – materiell gut ausgestattet

Nach der Kriegs- und Krisengeneration folgte die Wirtschaftswundergeneration – in den rund 20 Jahren zwischen 1930 und vor 1950 geboren. Die Ältesten unter ihnen

haben den Krieg noch miterlebt und erlitten. Dennoch konnten die meisten ihr Berufsleben mit riesigen oder zumindest guten Chancen im Wirtschaftswunder starten und gestalten. Keine Generation vorher hat während ihrer Erwerbstätigkeit ein solches Einkommenswachstum und solche Aufstiegschancen erlebt. Dabei spielt auch eine Rolle, dass große Jahrgangsgruppen vorher durch den Krieg dezimiert waren, was vor allem im Verlauf der 70er Jahre zu rasanten Aufstiegschancen führte.

Die Wirtschaftswundergeneration konnte ohne große Entbehrungen aus den hohen Einkommenssteigerungen viel Sach- und Geldvermögen bilden. Als Rentner sind heute über 60 % von ihnen Wohneigentümer mit geringen Wohnkosten und deshalb mit einem noch höheren Lebensstandard, als er in ihrem recht günstigen Einkommen zum Ausdruck kommt. Die Altersarmut hat ein historisches Tief erreicht. Sie leben häufiger als die durch Krieg betroffenen Jahrgänge als Paare – bei steigender Frauenerwerbsquote mit hohen (doppelten) Rentenansprüchen, ergänzt durch Betriebsrenten und noch wenig belastet durch unterbrochene Berufstätigkeit. Nur etwa 2-3 % sind auf die staatlich garantierte Mindestrente angewiesen.

Ihre Urlaube waren lang. Ihre Wochenarbeitszeit wurde im Laufe des Lebens immer kürzer. Ihr Rentnerdasein begann früh. Das Erwerbsaustrittsalter sank unter 60. Als »junge Alte« bevölkern sie mehr als je eine Generation zuvor die Touristenregionen der Welt.

Diese Generation hat dennoch schon in den 70er Jahren riesige Staatsschulden mit aufgebaut und sich gleichzeitig durch geringe Kinderzahl gewaltig entlastet. Es gelang ihr nicht, das Wirtschaftswunder fortzusetzen. Es gelang ihr, sich in der Öffentlichkeit in den Verteilungskonflikten der letzten Jahre als besonders bedürftig darzustellen und gerade jetzt wieder besondere Rentenzahlungen zu erstreiten, weil populistische Medien und Politiker

sich nicht trauen, es sich mit ihnen zu verderben.

Die heute 60- bis 80-Jährigen gehören zu den Profiteuren des 20. Jahrhunderts. Niemals vorher – und wahrscheinlich auch in der Zukunft nicht – wird eine Rentnergeneration relativ zu den Erwerbstätigen materiell so gut ausgestattet sein.

Babyboomer – Generation mit Risiken

Die nach 1950 bis 1970 geborenen Babyboomer werden ihr Leben lang durch ihre große Zahl geprägt sein. Sie starteten in überfüllten Schulen, Universitäten und in überforderte Arbeitsmärkte mit im Durchschnitt niedrigen Einkommen und längere Zeit niedrigen Einkommenssteigerungen. Vor allem die Geringqualifizierten wurden häufig von struktureller Arbeitslosigkeit betroffen. Der Berufsbeginn war durch lange risikobehaftete Übergänge geprägt. Das Wirtschaftswachstum war während ihrer gesamten bisherigen Erwerbstätigkeit schwach. Sie haben wenige Kinder und Eigenheime. Ihre Rentenansprüche werden relativ zu den Ansprüchen ihrer Eltern deutlich absinken. Viele von ihnen sparen zu wenig für die eigene Alterssicherung. Einige werden hohe Erbschaften erhalten und die niedrigen Renten verschmerzen können. Wenn sie älter werden, dürften viele mit Erschrecken feststellen, dass ihre Rentenansprüche nicht ausreichen und werden dringend im eigenen Interesse länger als bis 65 arbeiten wollen, um Altersarmut möglichst zu vermeiden, was nicht immer gelingen wird. Der Widerstand gegen die Rente mit 67 richtet sich gegen die Interessen der Babyboomer und der später Geborenen.

Die schwach besetzte Generation nach 1970 bis etwa 2000 (Geburtenrate ihrer Eltern 1,3 bis 1,4) muss ganz unweigerlich die kaum mehr kürzbaren Renten der Babyboomer erwirtschaften sowie die un-

aufhaltsam steigenden Gesundheits- und Pflegekosten. Die OECD schätzt bis 2050 einen Anstieg dieser Kosten um gut 7 % des BIP. Hinzu kommen Mehrkosten der Familien- und Bildungspolitik bei geringen Entlastungen durch geringere Arbeitslosigkeit.

Man kann diese Generation bezogen auf ihre laufenden Steuern und Abgaben, das hohe Alterssicherungssparen und möglicherweise höhere Kinderkosten bei wieder höheren Geburtenraten ohne Übertreibung als Packeselgeneration bezeichnen. Sie wird während ihres gesamten Erwerbslebens mehr als die vorangegangenen Generationen für die Umwelt und auch mehr für die eigene private Alters-

sicherung tun müssen. Bei hohen Erwerbsquoten auch länger (bis 70?) zu arbeiten, kann durchaus üblich werden.

Durch weitere Globalisierung hat diese Generation einen sich eher verschärfenden internationalen Wettbewerb zu bestehen. Viele werden als begehrte knappe Generation einen günstigen Berufseinstieg erleben. Lehrermangel, Ärztemangel usw. wird ihnen zugutekommen. Den gut Ausgebildeten werden die Arbeitsplätze wieder nachlaufen. Für die gut Ausgebildeten steigen auch die Berufschancen auf internationalen Arbeitsplätzen und die Chancen, sich deutschen Belastungen durch Abwanderung zu entziehen. Doch der Staat erweist sich bis jetzt als zu träge, ihre Bildungschancen – vor allem die der Einwandererkinder – voll zu entwickeln. Die Verteidigung des Dreiklassenschulsystems grenzt an kollektiven Masochismus.

Die hohen Steuern und Abgaben könnten gemildert werden, wenn es gelänge, die Staatsschulden schon vor 2025 deutlich zu verringern. Peer Steinbrück wird als 80-Jähriger seinen drei Kindern aus der Packeselgeneration entweder mit Stolz darstellen können, wie er als Finanzminister einen Schuldenabbau einleitete oder ihre Kritik ertragen müssen, dass Schuldenberge und Rentenberge sie überfordern.

Und was ist mit den »21ern«?

Es ist nicht absehbar, welches wirtschaftliche Schicksal »die 21er« – die jetzt Geborenen – erwartet. Als Skeptiker könnte man meinen, die Generation nach 2000 wird die erste Generation, die von der Klimakatastrophe voll erfasst und belastet wird. Als Optimist kann man einen entlastenden hohen umweltschonenden und technischen Fortschritt unter der Voraussetzung von weit mehr Investitionen in die Forschung für Umweltinnovationen erwarten.

Gute Politik könnte viel bewirken, auch mehr Wachstum, das dann fast alle

öffentlichen Aufgaben von der sozialen Sicherheit über Bildungsfinanzierung bis hin zur Familienpolitik erleichtert. Wirkliche Innovationen in der Energieerzeugung könnten saubere Energien ermöglichen und die schmutzigen Energieformen durch günstige Preise verdrängen – ein Traum oder reale Möglichkeit? Die Klimaschutzpolitik sollte wirklich dramatisch mehr Ressourcen in die Forschung für neue Energien stecken und das Heil weniger in der Einsparung suchen.

Auch die »21er« werden hohe Abgaben tragen müssen. Nach den bisherigen Erfahrungen wird dadurch eine erfolgreiche Wachstumspolitik bei gleichzeitig steigendem Durchschnittsalter der Erwerbstätigen nicht leichter. Das untere Einkommensdrittel dieser Generation wird noch weniger als heute in der Lage sein, aus eigenem Einkommen angemessene Gesundheits- und Pflegeleistungen zu finanzieren. Die Umverteilung zwischen Arm und Reich wird allein deshalb zunehmen (müssen). Die neu entstehenden Herausforderungen sind auf jeden Fall größer, als sie durch die Wiedervereinigung, die wir nicht erfolgreich bewältigt haben, entstanden waren.

Wieder in den Vorwärtsgang schalten

Man kann natürlich darauf verweisen, dass trotz gesunkener Investitionsquoten die jetzt nachrückenden Generationen auch Vermögen erben werden. In verschiedenen Bereichen – Infrastruktur, Wohnen – bringt eine sinkende Einwohnerzahl trotz des durch Alterung zusätzlich ausgelösten Strukturwandels Entlastungen. Dem stehen die Umweltschäden entgegen. Natürlich stehen den Schulden, die zu einem beachtlichen Teil in einer ziemlich ineffektiven Vereinigungspolitik angehäuft wurden, auch gewisse Vermögenswerte gegenüber. Dies ändert jedoch nichts am zu er-

wirtschaftenden Schuldendienst und den sonstigen hohen laufenden Belastungen nach 2025, die nach den bisherigen Erfahrungen lähmend wirken werden.

Da die Situation historisch neu ist, bleiben alle Prognosen Spekulation. Ziemlich sicher ist, dass weitere Jahrzehnte eines politischen *Slow Motion* mit verschleppten Reformen zu ziemlich katastrophalen Ergebnissen führen werden. Mehrere Jahrzehnte einer unwirksamen Wachstums- und Beschäftigungspolitik, einer verdrängten und nicht bewältigten Einwanderung, einer verschleppten Reform des Schulsystems, einer falsch konzipierten Familienpolitik und einer verschleppten Föderalismusreform können für Deutschland kaum optimistisch stimmen.

Allerdings haben uns verschiedene Länder demonstriert (Schweden, Irland, Neuseeland, Großbritannien), dass unter Krisendruck erstaunliche und wirksame politische Innovationen möglich sind. Gegenwärtig hat Deutschland eher einen politischen Rückwärtsgang eingelegt. Eine lamentierende Kapitalismuskritik alibisiert sich gegenüber dem eigenen Politikversagen. Wie soll denn bei wachsender Zahl niedrig qualifizierter Einwanderer und unterausgebildeter Jugendlicher und hoher Arbeitslosigkeit mehr Gleichheit entstehen? Mehr Gleichheit wird es erst geben, wenn Arbeit wieder knapper wird und die Bildungsdefizite überwunden werden. Mit dem Schulsystem, das wir haben, wird dies nur schwer möglich sein.

Die deutschen Probleme sind fast ausschließlich politisch gemacht. Weder die Globalisierung noch die Heuschrecken hindern uns an wirksamen Reformen. Gerade kleine Länder mit starker Politik waren besonders erfolgreich. Eine Reformpolitik, insbesondere eine Sanierung der öffentlichen Haushalte, ist möglich – wie z.B. Schweden demonstriert hat. Davon profitieren würden vor allem die Jüngeren. Sie müssten sich allerdings für ihre Interessen mehr engagieren.